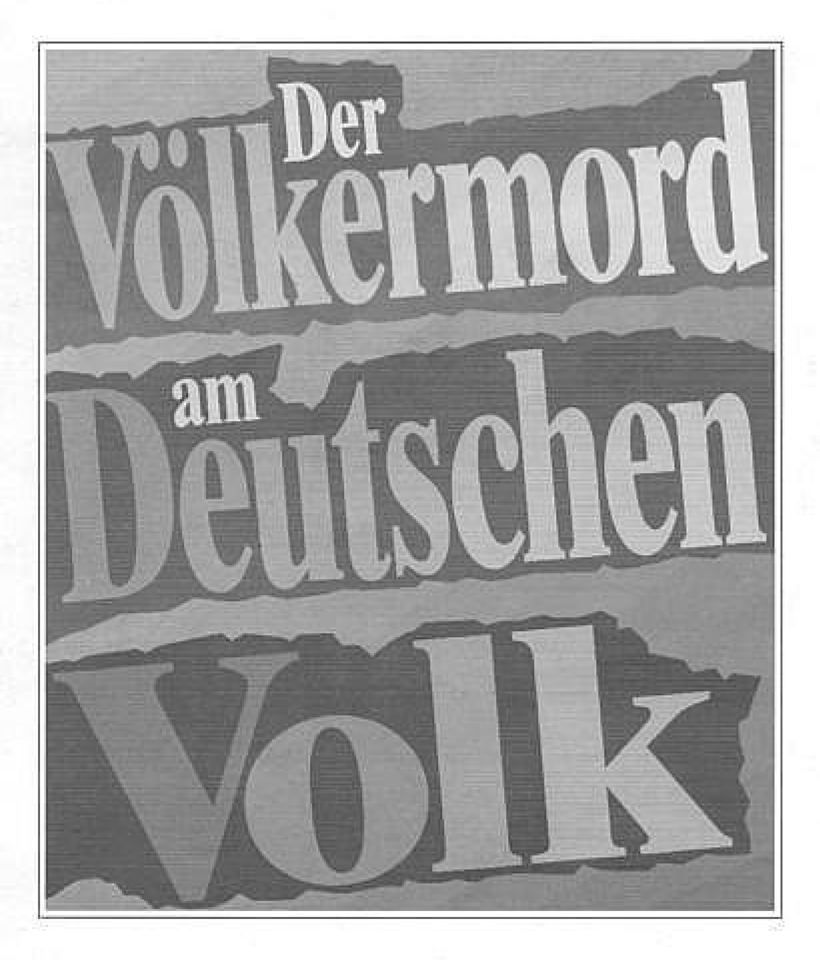
AUFRUF

an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung



Dresden, im August 1997

Auflage 110.000 Exemplare

ZUR VERVIELFÄLTIGUNG FREIGEGEBEN, AUCH FÜR EINZELNE KAPITEL:

BITTE VERBREITEN SIE DIESE SCHRIFT UNTER IHREN FREUNDEN UND VERWANDTEN! WENN SIE WEITERE HEFTE BRAUCHEN, WENDEN SIE SICH BITTE AN DEN, DER IHNEN DIESES HEFT GEGEBEN HAT. ER WIRD SICHER ZUR QUELLE ZURÜCKFINDEN. FERTIGEN SIE ABLICHTUNGEN!

TUN SIE IHRE PFLICHT! HELFEN SIE, AUCH DIE SCHLECHT UNTERRICHTETEN LANDSLEUTE ÜBER DIE WAHREN ZUSAMMENHÄNGE AUFZUKLÄREN! WENN DIE WAHRHEIT UNTERDRÜCKT WIRD, MUSS MAN SIE SUCHEN, UND WENN MAN SIE GEFUNDEN HAT UND SICH GEWISSHEIT VERSCHAFFT HAT, DANN IST MAN ES SEINEM VOLKE SCHULDIG, SIE ZU VERBREITEN. NUR SO KÖNNEN WIR HOFFEN, GEGEN DIE LÜGENFLUT ANZUKOMMEN.

DIE ZEIT DER WAHRHEIT IST DA!

DER VÖLKERMORD AM DEUTSCHEN VOLK

Gedruckt im Ausland, in einem freien Land.

Wir, die Unterzeichner, rufen alle volkstreuen Deutschen zur Notwehr auf gegen den von der Staatsführung amtlich geplanten und mit brutalen Methoden durchgeführten Völkermord am

Deutschen Volke

Werner Bartels. Meißen
Klaus Bunge, Delmenhorst
Gerhard Dietrich, Burgwedel
Wilfried Dotzauer, Wölfersheim
Albert End, Hirschburg
Dr. Helmut Fleck, Siegburg
Adolf Fröhlich, Hamburg
Dr. Winfried Hellemann, Bonn
Dr. Hans-Georg Heß, Wunstorf
Franz Hölzel, Stadthagen
Prof. Ulrich Hofer, Berlin
Friedhelm Kathagen, Witten
Heinz Mahnke, Tellingstedt
Hans Köhler, Darmstadt
Heino Janßen, Zetel
Friedrich Kugler, Darmstadt
Jutta Marienfeld, Hannover
Herbert Meyer, Hude
Dr. Anna Müller-Knese, Rinteln
Johannes Ney, Rethem
Lieselotte Päsler, Bremen
Udo Pastörs, Bad Zwischenahn
Dr. Robert Römer, Rüsselsheim
Karl Schimpf, Oldenburg
Hugo Schrag, Delmenhorst
Prof. Dr. Albrecht Schwichtenberg, Siegen
Herwarth Strehlow, Wilhelmshaven
Willy Stratmann, Frankfurt/Main
Dr. Hermann Teschenmacher, Bad Soden
Karl Weidemann, Springe
Dr. med. G. Berneaud-Kötz, Wuppertal

Karl Dimmig, Neuß
Bernd Tischendorf, Holzwickede
Prof. Dr. Klaus Weinschenk, Berlin
Dr. Alexander Diehl, Seeheim
Artur Dreischer, Neckartenzlingen
Werner Elstermann, Bremen
Edzard Folkers, Syke
Georg Harders, Bad Schwartau
Dr. Rigolf Hennig, Verden/Aller
Kurt Hexelschneider sen., Springe
Hagen von Holtzendorff, Maasbüll
Armin Huber, Bozen
Dr. Harald Kindl, Paderborn
Prof. Dr. Günter Kohl, Bremen
Dr. Heinz Knödler, Bad Dürrheim
Frank Kawalek, Moers
Prof. Dr. Robert Kühn , Wilhelmsfeld
Irmgard Mailänder, Essen
Klaus-Christoph Marloh, Seevetal
Hildegard Newzella, Bremen
Dr. Wolfgang Nuyken, Merzenich
Dr. Bernd Otte, Selsingen
Irmgard Peters, Frankenberg
Heinrich Preuß, Walsrode
Dr. Fritz Scheunemann, Mühlheim
Gerhard Schirmer, Lauf
Dr. Dieter Schneider, Grebin
Dr. Hans-Peter Schneider, Weinheim
Prof. Dr. Helmut Schröcke, Kottgeisering
Prof. Emil Schlee, Raisdorf
Dr. Wilhelmine Steffens, Rethem
Gerhard Seifert, Marburg
Hannelore Steinweg, Oldenburg
Helmut Tietge, Pinneberg

NOTWEHR

Paragraph 227 des Bürgerlichen Gesetzbuches sagt:

"(2) Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder von einem anderen abzuwehren."

"(1) Eine durch Notwehr gebotene Handlung ist nicht widerrechtlich."

DER DIALOG ZWISCHEN DEN BÜRGERN UND DER STAATSFÜHRUNG:

Wir richteten am 12. Mai 1997 ein **"Begehren um Anhörung"** an Bundeskanzler Kohl. Darin wiesen wir darauf hin, daß die sogenannte *"Integrationspolitik"* und die ebenfalls sogenannte *"Ausländerpolitik"* der Staatsführung unser Volk in eine Katastrophe zu führen drohen.

Wir baten den Bundeskanzler, bei dieser Anhörung

<u>erstens</u>: Uns durch seine offiziellen Darlegungen nicht nur in Kenntnis der tatsächlichen Zahlen des heutigen Zustandes zu setzen, sondern vor allem uns seine Prognose für die nähere und fernere Zukunft zu sagen.

<u>zweitens</u>: Sich unsere Bedenken über die Überfremdung anzuhören und uns seine Anmerkungen zu diesen Bedenken mitzuteilen.

<u>drittens</u>: Ihm vortragen zu dürfen, welche Maßnahmen unseres Erachtens getroffen werden müssen, um die Katastrophe abzuwenden.

<u>viertens</u>: Ihm unseren Appell vorlegen zu dürfen, in der Frage der bedrohlichen Überfremdung endlich Gedankenfreiheit zu gewähren und von der bisher geübten Diskriminierung eines jeden Deutschen abzurücken, der für sein Volk die Freiheit der Selbstbestimmung und damit das vom Völkerrecht garantierte Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes fordert.

Angesichts der Dringlichkeit unseres Anliegens hatten wir den Bundeskanzler um einen baldigen Termin für die Anhörung gebeten. Wir erklärten dabei, daß wir es als Ablehnung unseres Begehrens deuten werden, wenn er uns bis zum 31. Mai 1997 nicht geantwortet haben sollte.

Wir haben bis heute keine Antwort vom Bundeskanzler noch von Mitgliedern seiner Regierung erhalten, und nicht einmal eine Eingangsbestätigung.

Wir können keine Verfassungsbeschwerde erheben, weil wir zwar allesamt als Volk in unseren Grundrechten verletzt sind, nach der gängigen Rechtssprechung jedoch einzeln und persönlich verletzt sein müßten, wollten wir das Verfassungsgericht anrufen. Folglich sind durch die Nicht-Beantwortung unseres Begehrens unsere rechtlichen Möglichkeiten und die des ganzen Volkes erschöpft, und andere Abhilfe ist nicht mehr möglich. So bleibt nur unser Recht zum Widerstand nach Artikel 20/4 des Grundgesetzes:

"Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Eine Staatsführung, die das Volk beseitigt, hat damit auch die Ordnung des Staates "Bundesrepublik Deutschland"beseitigt. Dies geschieht gegenwärtig, und damit ist jetzt der Widerstand angezeigt.

DIE PLANUNG DES VÖLKERMORDES DURCH DIE STAATSFÜHRUNG:

Im Jahre 1989 erschien in der "SCHRIFTENREIHE DES BUNDESKANZLERAMTES" ein Buch, verfaßt von dem Juden Bert Rürup, mit dem verschrobenen Titel
"WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN DER BRD".
In seinem Nachwort sagt der Kanzleramtsminister Schäuble: *"Hiermit wird ein Beitrag zur Transparenz der Bonner Politik geleistet. Die Reihe gibt Einblick in das, was man als "wissenschaftlichen Unterbau" politischer Entscheidungen bezeichnen könnte."*

Das heißt ohne den geringsten Zweifel, daß die in der Schriftenreihe ausgebreiteten Gedanken die Planungsunterlage der Bundesregierung sind. Schön versteckt in 129 engbeschriebenen Seiten findet der Leser die Beschreibung der von uns täglich erlebten Schritte der Gehirnwäsche, die allesamt g e z i e l t die Ersetzung des Deutschen Volkes im "Wirtschaftsstandort Deutschland" durch fremde Völker vollziehen. Das ist nach § 220 a StGB V ö l k e r m o r d . Hier sei aus dem Buch Rürups zitiert:

... *"Ziel sollte es sein, die Kosten für die Anpassung an die geringere Bevölkerungszahl möglichst gering zu halten und vermeidbare Wohlstandseinbußen zu verhindern."*

... *"Die Deutschen werden nicht nur weniger, auch die Struktur der Wohnbevölkerung wandelt sich: Lebten im Jahre 1980 in der BRD 4,5 Millionen Ausländer, dann werden im Jahre 2030 überr 10 Millionen Ausländer einer stark geschrumpften deutschen Bevölkerung gegenüberstehen. ... Diese Zahlen deuten an, welche Integrationsleistung unsere (!) Gesellschaft dann erbringen muß."*

... *"Dieser vielleicht für manchen Bundesbürger errschreckende Befund weist aber einen wichtigen Weg, die rapide demoskopische Verschiebung abzufedern. Schon heute besteht in vielen Bereichen ein zusätzlicher und noch wachsender Bedarf für ausländische Arbeitskräfte. Auch wenn sich die BRD offiziell nicht als Einwanderungsland versteht, ist sie es faktisch längst geworden. Die BRD sollte sich formell zu den Fakten bekennen und Chancen, so neue und in jeder Hinsicht "leistungsfähige" Staatsbürger zu gewinnen, offensiv nutzen."*

... *"Eine oft übersehene (auch ökonomisch) gravierende Folge der demoskopischen Entwicklung könnte ein Verlust an geistiger Vitalität sein, "Alterssklerose". Es könnte passieren, daß die Jugend in einer Gesellschaft. in der immer weniger Junge für immer mehr Alte arbeiten müssen, nicht bereit ist, die von ihr geforderten Opfer zu bringen. ... Die begabten und initiativen, ökonomisch und intellektuell besonders leistungsfähigen jungen Menschen könnten aus dem Altersheim Deutschland auswandern."*

Rürup vergleicht dann die USA mit Deutschland und führt allerhand Soziologenlatein vor, etwa, daß es auf den richtigen "Mix" ankomme.

... *"Wenn dieser Mix gelingt, vergrößern sich die Absorptionsfähigkeit und Integrationsbereitschaft* (der Deutschen, wohlgemerkt!)*."*

... *"Es ist klar, daß der Status eines Einwanderungslandes große politische und soziale Konflikte mit sich bringt, aber Konflikt heißt auch Dynamik; die Alternative wäre, daß die BRD (etwa im Vergleich zu den jungen Industrieländern nicht nur in Fernost) zu dem besagten "Altersheim" werden könnte."*

... *"Ein Plädoyer für eine Öffnung unserer* (!) *Einwanderungsschranken soll und will die BRD nicht zu einem Schwamm für Asylsuchende aus aller Welt machen, wohl aber sollten sowohl die Aufnahmebereitschaft als auch die Integrationsfähigkeit von* (er meint: "für") *Einwanderern aus unseren Nachbarländern erhöht werden. Um nur einige Maßnahmen zu nennen, wenn*

- *Schüler-, Studenten-, Lehrer- und Professorenaustauschprogramme verpflichtend würden,*
- *im Fremdsprachenunterricht dem Italiensichen, Türkischen und Spanischen ein dem Französischen vergleichbarer Rang eingeräumt würde,*
- *Integrationsorientierte (sozial)-psychologische Betreuungskurse in den Betrieben durch deutsche und ausländische Eingliederungs-Coaches eingerichtet würden,*
- *ausländische KindergärtnerInnen nicht nur in ausländisch besetzten, sondern und gerade auch in gemischten respektive deutschen Kindergärten verstärkt eingesetzt würden.*
- *Austauschprogramme von Teilen der Bundeswehr mit Truppenteilen der Partnerstaaten über die gemeinsamen Manöver hinaus in Erwägung gezogen würden,*
- *die Empfangsmöglichkeiten für ausländische Rundfunk- und Fernsehsender technisch verbessert bzw. erleichtert würden,*
- *Kinos, die Filme in der Originalsprache anbieten, steuerlich begünstigt würden."*

... *"Der integrationsfördernden Phantasie sollten gerade im langfristigen Interesse unserer* (!) *Gesellschaft keine administrativen Fesseln angelegt werden."*

... *"Eine soziokulturell ausbalancierte Förderung der Einwanderung ist eine der "billigsten" Politiken zur Abfederung unserer Bevölkerungsstrukturprobleme."*

Hier haben wir also das Programm des mit soziologischem Kauderwelsch begründeten Völker-Selbstmordes, und zwar zur Unterstützung des Völkermordes an den Deutschen. Ganz nebenbei sei gesagt, <u>daß wir diesen Selbstmord auch noch mit unseren Steuern selber finanzieren sollen: Unser Überfremdungsprogramm!</u>

Wir raten allen Deutschen, sich das Buch des Herrn Rürup beim Bundeskanzleramt zu bestellen. Hier fehlt der Raum, um die ganze Gemeinheit dieses Buches auszubreiten.

DAS ASYLUNRECHT :

In den Protokollen zum Entwurf des Grundgesetzes berichtet der "PARLAMENTARISCHE RAT" darüber, wie es (angeblich!) zu der dann bis auf weiteres gültigen Form des Asylartikels 16/2 des Grundgesetzes kam: **"Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."** Wenn man diese Protokolle liest, erkennt man die entsetzliche Unfähigkeit jener angeblichen "Väter des Grundgesetzes". Wie aufgescheuchte Hühner irrlichtern sie da herum, alle unfähig oder auch nicht bereit, die Rechte des Deutschen Volkes zu wahren. Was herauskam, war haargenau das, was die alliierten Aufseher von ihren Werkzeugen erwarteten: Ein Widerspruch in sich. Einerseits steht der Satz mit dem zu genießenden Asylrecht unmittelbar nach dem Satz, der die Auslieferung Deutscher verbietet, kann sich also nur auf

deutsche Asylsuchende beziehen. Andererseits steht da nicht etwa "verfolgte" (also verfolgte Deutsche, sondern "**V**erfolgte", also Verfolgte schlechthin. Ganze Wagenladungen von Papier wurden vollgeschrieben, um diesen Widerspruch entweder zu leugnen oder zu erklären, und doch ist die Wahrheit viel einfacher: Es sollte eben widersprüchlich sein! So macht man eben Unterwerfungsgesetze. Praktisch öffnete diese schwachsinnige Formulierung die Tore zum absoluten Maximum der Auslegung. A l l e n politisch Verfolgten der ganzen Welt wurde damit Deutschland zur freien Verfügung preisgegeben. Schlimmer noch: Sie wurden und werden ungeprüft hereingelassen. Wenn sie dann hier sind, können sie glaubhaft machen, daß sie verfolgt wurden. Wenn man ihnen ihre Märchen nicht abnimmt, dann haben sie das Recht, ihren "Anspruch" auf Asyl vor deutschen Gerichten geltend zu machen. Und wenn sie mit dem Urteil der ersten Instanz nicht zufrieden sind, dann legen sie Berufung ein, und nach ein paar Jahren bekommen sie dann entweder die Bestätigung ihres "Anspruches", oder ihr Fall wird zum "Altfall", der dadurch aus dem Weg geräumt wird, daß sie ohne Gerichtsurteil ihr Bleiberecht bekommen. Wie ein solcher Rechtsbruch amtlich gehandhabt wird, zeigt die "Drucksache 13/1189" des "deutschen" Bundestages vom 25. April 1995. Da werden hunderttausenden von Asylbewerbern ewige Bleiberechte eingeräumt wegen der "hohen Belastung der Verwaltungsgerichte, die nicht in der Lage sind, über neue Rechtsschutzbegehren kurzfristig zu entscheiden".

Schon der "alte" Asylartikel sah mit keiner Silbe vor, wann das Asyl beendet sein sollte. Es handelte sich in allen Fällen um absolut lebenslanges Asyl auf Kosten des deutschen Sklavenvolkes.

Längst war das "Recht" auf Asyl von den ursprünglich "politisch Verfolgten" auf alle möglichen anderen Fälle ausgedehnt worden. So sagte Weizsäcker am 8. Mai 1985: *"Wenn wir uns erinnern, wie rassisch, religiös und politisch Verfolgte oft vor geschlossenen Grenzen standen, werden wir vor denen, die heute verfolgt sind, die Tür nicht verschließen."* Und Kohl plump und brutal: *"Wer aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen in seiner Heimat verfolgt wird, muß in Deutschland auch künftig Zuflucht finden."* (Am 19. November 1991).

Am 28. Juni 1993 wurde der Asylartikel geändert. Jetzt sollte Asyl solchen Personen nicht mehr gewährt werden, die aus einem Staat der E.U. oder einem Staat mit gesicherten Grundrechten einreisen. Wohlgemerkt: Einreisen können diese Leute nach wie vor, und erst hier stellt sich heraus, ob ihnen Asyl "zusteht", und zwar wieder vor deutschen Gerichten. Jetzt ist aber der Kreis derer, die als Asylbewerber anerkannt werden können, auf Personen ausgedehnt, die eine "erniedrigende Bestrafung oder Behandlung" erfahren haben. Dieser Kreis dürfte sich auf gut eineinhalb Milliarden Menschen erstrecken! Der deutsche Richter hat dann die Weltsicht und Weisheit, zu erkennen, daß dem Massai, der des Nachbarn Kuh gestohlen hatte, mit dem Tritt vor das Schienbein eine erniedrigende Bestrafung widerfahren ist. Heilige Einfalt! In der Praxis geht es garnicht darum, was dem Asylbewerber tatsächlich widerfahren ist. Es ist auch unerheblich, ob er sich das nur eingebildet hat, und auch, ob er es nur um seines Anspruches wegen behauptet. Wenn ein Gericht doch tatsächlich so unmenschlich ist, dem Mann nicht alles abzunehmen, was er da erzählt, dann eilt immer noch Hochwürden (in Altötting) oder der Herr Pastor (in Lübeck) herbei und gibt dem Mann Kirchenasyl, bis sein Gerichtsprozeß sich totgelaufen hat.

Auch der 1993 geänderte Asylartikel raubt uns Deutschen die Gebietshoheit. Auch jetzt noch und jetzt erst recht versklavt dieser Wahnsinnsartikel das Deutsche Volk. Er setzt uns einer von niemandem voraussagbaren Flut von gigantischem Ausmaß aus, einer

Menschenflut, die uns erdrücken und auslöschen wird. Dies ist wohl aber der Zweck der wahnsinnigen Übung: Gesetzlich vorgeschriebener Völkermord!

FENSTERREDEN, FROMME SPRÜCHE UND VERGESSENE GESETZE, UM DAS VOLK RUHIGZUSTELLEN:

Helmut Kohl am 31. März 1983 an den SCHUTZBUND FÜR DAS DEUTSCHE VOLK:

"Ich glaube, daß wir alle dazu beitragen müssen - in allen Bereichen der Gesellschaft - damit wir wieder ein kinderfreundliches Land werden."

Welchen Volkes Kinder hat er damit wohl gemeint?

Manfred Kanther am 14. November in der FAZ:

"Deutschland ist kein Einwanderungsland."

Die Staatsführung jedoch schließt Verträge, die Deutschland zum Einwanderungsland machen, und sie mißachtet Gesetze, die es schützen.

Grundgesetz Artikel 20/1:

"Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Demokratisch ist der Staat, dessen Regierung den Willen des Volkes vollzieht. Sozial ist der Staat, der sich der Gemeinschaft seines Staatsvolkes verpflichtet sieht. Also ist die BRD weder ein demokratischer noch ein sozialer Staat.

Grundgesetz Artikel 20/2:

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen u n d (wir betonen, hier steht "und"!) *durch die besonderen Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."*

Damit schreibt das Grundgesetz tatsächlich Volksabstimmungen zwingend vor.

Grundgesetz Artikel 25:

"Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes."

Die "Ostverträge", der "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" und die Maastrichter Verträge sind damit nichtig.

Hemut Kohl in seiner Regierungserklärung von 1982:

"Es ist die Pflicht der Bundesregierung, die nationalen (das heißt: die "völkischen") *Interessen unseres Landes mit aller Entschiedenheit zu vertreten."*

In Wahrheit betreibt die Bundesregierung die Zerstörung und Entmachtung des Volkes. Nicht mehr vom Deutschen Volk ist die Rede, sondern nur noch von der "Gesellschaft".

Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 18. Mai 1990:

"Die Bundesregierung will jetzt die Voraussetzungen schaffen, damit bald alle Deutschen (jawohl, da steht "alle"!) *gemeinsam in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben können."*

Und dann hat der selbe Mann einige Millionen Deutsche aus dem Volke ausgestoßen, mit seinem "Zwei-Plus-Vier-Vertrag"

Und dann die brutalste Verhöhnung des Volkes:

Helmut Kohl am 27. August 1986:

"Ich habe mich entschlossen, heute selbst vor der Bundespressekonferenz zu sprechen weil der Zustrom derr Wirtschaftsflüchtlinge Außmaße angenommen hat, die zu einer erheblichen Belastung für die BRD geworden sind und zu einer ganz erheblichen Beunruhigung in der Bevölkerung geführt haben. - Die Zahl der Asylanten steigt von Monat zu Monat. - Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. - Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernstgenommen werden, denn die BRD ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden."

Kurz vor dem Amtsantritt Kohls als Bundeskanzler lebten in Deutschland etwa **fünf Millionen** Ausländer. Als er die obige Erklärung gab, waren es schon fast **sechs Millionen**, und heute sind es allermindestens **vierzehn Millionen !**

ERKLÄRUNGEN ÜBER DIE WAHREN ABSICHTEN DER BUNDESREGIERUNG:

Bernhard Vogel, damals Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, am 5. April 1984:

"Die Probleme der nächsten Jahrzehnte können wir nicht damit lösen, daß wir in Europa ein künstliches Reservat für das Deutsche Volk errichten."

Damit stuft dieser ewig grinsende heutige Ministerpräsident des heiligen Thüringen uns Deutsche unterhalb der Navajo-Indianer ein, die immerhin noch ein Reservat bekommen haben.

Helmut Kohl am 15. August 1984 in der WELT:

"Ein einiges Deutschland im Sinne des Grundgesetzes muß nicht unbedingt die Form eines Nationalstaates haben."

und am 24. Juni 1985 im Hamburger Abendblatt:

"Die Bundesrepublik ist bereit, Stück für Stück nationale Souveränitätsrechte aufzugeben, um das Tor für Europa aufzustoßen."

Kohl war von vornherein nicht der Kanzler der Deutschen.

Helmut Kohl am 30. November 1985:

"Vor allem (!) müssen wir die ethnische und kulturelle Eigenart der Sinti und Roma fördern."

Aber die ethnische (das heißt die völkische) Eigenart der Deutschen wird zerstört.

Helmut Kohl am 8. April 1988 in der WELT:

"... bekräftigt die deutsche Mitverantwortung für den Fortbestand des jüdischen Staates und die Sicherung seiner Lebensfähigkeit."

Wem dient dieser Kanzler?

DAS GASTARBEITER - UNRECHT :

Schon in den frühen Sechzigerjahren wurden "Gastarbeiter" angeworben, und zwar nicht etwa von den Unternehmern, sondern von staatlichen Behörden. Der spätere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Stingl und andere Funktionäre reisten in Südeuropa, in Südosteuropa und auch schon in der Türkei herum und warben Arbeitskräfte für die deutsche Industrie an. Diese Betriebe konnten solche Gastarbeiter guten Gewissens einstellen, denn in den Staatsverträgen mit den "Entsendeländern"stand ja die wichtige Klausel *"Die Regierung* (etwa der Türkei) *wird türkische Arbeitnehmer, die aufgrund dieser Vereinbarung in das Gebiet der BRD einreisen, j e d e r z e i t formlos zurücknehmen, die für die Rückreise erforderlichen Reiseausweise ausstellen und die erforderlichen Durchreisevermerke beschaffen."* Gleiche Verträge wurden mit a l l e n Entsende-staaten geschlossen. Diese Leute heißen ja auch noch heute "Gastarbeiter".

Bis heute ist k e i n e i n z i g e r Gastarbeiter je zurückgeschickt worden. Es war die Bundesregierung selbst, die im Bunde mit den "gesellschaftlich relevanten Gruppen" (Parteien, Gewerkschaften und Kirchen) ihre eigene Vereinbarung unterlief. Schon kurze Zeit nach dem Beginn der Anwerbung erlaubte (oder besser: förderte gezielt) die Bundes-regierung aus humanitären Gründen die sogenannte "Familienzusammenführung". Es wurden also nicht die Gastarbeiter nach getaner und bezahlter Arbeit in ihre Heimat entlassen und zurückgeschickt. Vielmehr wurden ihre Frauen und Kinder und oft ganze Sippen nachgeholt, nach Deutchland versteht sich. Das Deutsche Volk wurde nicht gefragt!

Hier wurden nicht Arbeiter (also Gastarbeiter) in unser Land hereingelassen, sondern vor allem im Falle der Türken ganze Völkerstämme. Und sie wurden nicht hereingelassen, sondern hereingeholt! Millionen von ihnen bekommen inzwischen Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe.

Um die fatalen Folgen dieses Unrechts angeblich zu mildern, in Wahrheit aber nur zu übertünchen, fand die Staatsführung ein eigens ausgesuchtes Fremdwort: Die

I N T E G R A T I O N ,

und sie entwickelte ein Programm, das die Fremden "in die deutsche Gesllschaft integrie-ren" sollte, ohne aber ihre Eigenart zu ändern oder sie zu assimlieren. Dieses Programm entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Die einfache Beobachtung aller Staaten, in denen mehr als nur e i n Volk lebt, zeigt, daß Völker sich nicht ineinander "integrieren" ohne daß beide Völker zugrundegehen, und zwar in meist langen und verlustreichen Kriegen. Die USA bestehen seit 300 Jahren. Weder haben sich die Neger in die Weißen, noch die Asiaten noch die Juden in die Weißen angelächsischen oder deutschen Stammes integriert. Andere Beispiele: Jugoslawien, Sri Lanka, Nord-Irland, Indien, Tibet, Cypern, Südafrika, Sudan, Burundi und immer so weiter.

Trotzdem verkünden die Bonner Politiker bei jeder Gelegenheit, daß es zur "Integration" der "ausländischen Mitbürger" keine Alternative gebe. So schreibt das Bundeskanzleramt am 3. Mai 1984 an den SCHUTZBUND:

"Wichtiges Ziel ist die Integration der bei uns lebenden Ausländer. Sie ist jedoch nur möglich, wenn die Zahl der hier wohnenden Ausländer nicht weiter steigt. Daher gilt es, eine unbegrenzte und unkontrollierte Einwanderung zu verhindern. ... Bislang ist eine Entscheidung der Bundesregierung über die Regelung des Kinder- und Ehegattennachzuges noch nicht getroffen worden. Die Bundesregierung ist sich aber bewußt, daß ein großer Teil der bei uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer wegen des dringenden Arbeitskräftebedarfs unserer Wirtschaft angeworben worden ist. Diese Ausländer haben durch ihre Leistung einen erheblichen Beitrag zur Schaffung unseres Wohlstandes und zurr Sicherung unserer Renten geleistet. Die Bundesregierung wird diese Aspekte bei ihren Entscheidungen stets berücksichtigen."

Diese Erklärung ist widersprüchlich in sich, unwahr und ganz und gar sinnlos. Wie will man erreichen, daß die Zahl der Fremden nicht weiter steigt, wenn man sie weiter steigen läßt, wenn auch begrenzt und kontrolliert? Wer kontrolliert da? Warum hat die Regierung über zwanzig Jahre nach dem Beginn des Familiennachzuges immer noch nicht entdeckt, was da zu tun ist? Ganz unsinnig ist die Behauptung, die Fremden seien wegen des Arbeitskräftemangels angeworben worden. Niemand hat sie angefordert, die Regierung warb sie an und bot sie der Industrie an (mit unwahren Versprechungen). Und schließlich: wurden diese Leute etwa nicht bezahlt für ihre Arbeit? Wessen Wohlstand haben sie geschaffen, den ihren oder den unseren? Haben die damals noch wenigen Gastarbeiter etwa den Wohlstand von 80 Millionen Deutschen geschaffen?

Die Staatsführung kümmert sich nicht um die wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse der Soziologie und der Ethnologie, auch nicht um die Beobachtungen aus der Geschichte und der Gegenwart.. Sie beharrt stur auf ihrer ideologischen Auffassung, daß alle Menschen gleich sind und unter gleichen Startbedingungen alle Menschen, gleich welchen Volkes und welcher Rasse, Gleiches zustandebringen. Wer seine Aussagen mit den Erkenntnissen der Rassenkunde begründet, den sieht sie Staatsführung als "Rassisten" und behandelt ihn entsprechend.

Die Staatsführung lehnte es von vornherein ab, Mahnungen und Warnungen zu beachten. Sie stellte die katastrophale Entwicklung als Folge der "normativen Macht des Faktischen" hin und versuchte, die Deutschen mit der unrealistischen und auch im Erfolgsfalle volksvernichtenden "Integration" ruhigzustellen.

DIE UNMITTELBARE ZERSTÖRUNG DES DEUTSCHEN VOLKES DURCH DIE STAATSFÜHRUNG:

Mord ist strafbar, und zwar im allgemeinen mit der Höchststrafe. Das gilt selbstverständlich auch für Völkermord. Das deutsche Strafgesetz sagt:
<u>(StGB § 220 a)</u>

> *"Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,*
> 1. *Mitglieder der Gruppe tötet,*
> 2. *Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden zufügt,*
> 3. *die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,*
> 4. *Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,*
> 5. *Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt,*
>
> *der wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft."*

Zu 1: Die faktische Versklavung der Deutschen durch den Asylartikel wird, wenn das Verhältnis der Fremden zu den Deutschen sich weiter zu Lasten der Deutschen verschiebt, das Deutsche Volk erst einem Krieg auf deutschem Boden aussetzen, dann ausrotten.

Die Staatsführung hat den Mord an unseren ungeborenen Kindern mit der Änderung des Artikels 218 freigegeben. Die Beratung der werdenden Mütter hat sie blindlings einer Filiale des amerikanischen Rockfeller-Konzerns übertragen, den sie nicht kontrolliert. Diese Filiale heißt hier "Pro Familia". Sie entscheidet über Leben und Tod, und sie hat fast ein Monopol auf diese Vollmacht. So werden in Deutschland jedes Jahr 300.000 Kindlein im Mutterleib ermordet.

Die Staatsführung raubt dem Deutschen Volk die Heimat und gibt sie Fremden zur Landnahme frei.

Die Staatsführung hat für die Lustseuche AIDS rechtswidrig die vom Gesetz befohlene Meldepflicht aufgehoben und damit der Seuche den Weg in unser Volk geöffnet.

Zu 2: Die Staatsführung setzt unsere Kinder schon im dritten Lebensjahr dem psychischen Terror aus, bei dem die Großeltern als Verbrecher und Mörder hingestellt werden. In allen Schulen kommen ungeprüft Zeitzeugen zu Wort, die ihre Hetztiraden gegen das Deutsche Volk dort allen Schülern vortragen.

Die Staatsführung duldet und fördert die Pornographie. Damit zerstört sie Anstand und Sitte im Lande und fügt unseren Kindern schwere seelische Schäden zu.

Zu 3: Die Staatsführung hat dem Deutschen Volk die Grenzen um ihre Heimat geraubt. Sie setzt damit das Volk ungeschützt dem internationalen Verbrechertum und den Verlockungen durch Rauschgifte aus.

Die Staatsführung duldet es, daß deutsche Kinder nicht mehr unter ihresgleichen unterrichtet und erzogen werden, während sie den einwandernden Juden eigene und nur für ihre Kinder wirkende Schulen stellt. Damit zerstört sie die Volksgemeinschaft.

Zu 4: Die Staatsführung wirbt für die Geburten-Verhütung und Abtreibung, und sie duldet die Tätigkeit von Organisationen, die das auch tun, und die von "gesellschaftlich relevanten Gruppen" getragen werden. Sie mordet unsere Kindlein und sie duldet die berufsmäßige Abtreibung.

Zu 5: Die Staatsführung führt mit ihrem Programm der "Ausländer-Integration" fremde Kinder in eine andere Gruppe über, eben in das bislang deutsche Volk. Damit verwandelt sie unser Volk in eine "offene Gesellschaft" wurzelloser Wesen und raubt auch den Fremden ihr Volkstum.

Die Außenpolitik der Staatsführung betreibt ebenfalls die Zerstörung des Deutschen Volkes, tätig und ganz offen:

Der sogenannte "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" verstieß mehrere Millionen Deutsche in Gebieten unter polnischer, russischer und tchechischer Verwaltung aus dem Volk. Damit hat sie diese Menschen der Unterdrückung durch die Räuber ihres Landes ausgesetzt. Das Ende dieser Unterdrückung wird die Auslöschung dieser Deutschen unter fremder Gewalt sein. Der Bundeskanzler suchte diese Untat mit der Lüge zu rechtfertigen. daß anders die Teil-Wiedervereinigung der BRD-DDR "nicht zu haben" gewesen sei, und dann mit der anderen Lüge, das habe das Deutsche Volk so gewollt, sowie schließlich, das Grundgesetz sehe Volksabstimmungen nicht vor.

Die Staatsführung hat sich um die völlige Auslöschung der Siebenbürger Sachsen nicht gekümmert. Noch während sie vollzogen wurde, zahlte Bonn an Rumänien "Entwicklungshilfe".

Die Staatsführung verweigert den Rußlanddeutschen die Rückkehr in die Heimat unter dem Vorwand, daß sie nicht gut genug deutsch sprechen. Damit bestraft sie unsere Landsleute dafür, daß die Sowjetunion ihnen die deutschen Schulen verbot und ihre Muttersprache unterdrückte. Kohl am 12. Mai 1997 in Alma Ata: *"Ich habe kein Interesse daran, daß weitere Angehörige der deutschen Volksgruppe auswandern."*

DIE UNTERRICHTUNG DES VOLKES DURCH DIE STAATSFÜHRUNG:

Die Bundesregierung berichtet regelmäßig über die Zahl der neu hinzugekommenen Asylbewerber. Sie unterscheidet "anerkannte" und "abgelehnte". Sie sagt jedoch nichts über die Zahl der Abschiebungen. Wenn sich ein Buchhalter nur auf die Einnahmen beschränkt, die Ausgaben aber verschweigt, dann taugt seine Bilanz nichts. Darum taugt auch die Unterrichtung durch die Staatsführung nichts.

Offenbar besteht nirgends eine klare Kenntnis darüber, wieviele Ausländer hier sind. Der Staat jedenfalls weiß das seit langem nicht mehr. Noch weniger weiß er zu sagen, wie sich die Zahl der "ausländischen Mitbürger" weiter entwickeln wird.

Im Jahre 1980 waren es 4.500.000
Bei Kohls Amtsantritt 1982 5.200.000
Diese Zahl versprach Kohl zu halbieren.
Im Jahre 1996 hatten wir hier 14.000.000, und zwar schätzungsweise.
Genau weiß das niemand!

Die "offiziellen" Ausländerzahlen	1994	1997
Staatenlose	20.000	noch nicht bekannt
Heimatlose (Displaced persons)	21.000	dto
Kontingentflüchtlinge	67.000	dto
Konventionsflüchtlinge	10.000	dto
De-facto-Flüchtlinge	650.000	dto
Asylberechtigte mit Familien	272.000	dto
Illegal Anwesende, geschätzt	1.300.000	dto
Von Ausländern hier geborene	600.000	dto
Kriegsflüchtlinge	400.000	dto
Reguläre Ausländer	5.190.000	dto
Besatzungs-Streitkräfte	500.000	dto
Eingebürgerte	600.000	dto
Nicht erfaßbar, aber rechnerisch hier	1.000.000	dto
Neu zugewanderte Juden	30.000	130.000 (bisher)
Geschätzte Gesamtzahl	10.660.000	14.000.000

Die Staatsführung aber redet wider besseres (oder wohl schlechteres) Wissen von sieben Millionen "ausländischen Mitbürgern". Es ist hier anzumerken, daß die auf amtlichen Teil-Mitteilungen aufgebaute Ausländerzahl nicht ausreicht, den statistischen Gesamt-Bevölkerungsstand der BRD von 83,5 Millionen im Jahre 1995 zu erklären. Daraus ergibt sich, daß tatsächlich noch gut 3 Millionen Ausländer mehr hier sind. Genaues weiß aber niemand. Die Staatsführung ist verpflichtet, diese Zahlen zu ermitteln und bekanntzugeben, aber sie weiß es entweder auch nicht oder es ist ihr gleichgültig, wieviele es sind.

Wir vermissen auch Einzelbereichs-Angaben der Behörden für die Zuwanderungs-ströme. Amtlich heißt es nur, daß die Wunschvorstellung der Staatsführung 20 Millionen Ausländer ist, und daß sich (nach Rürup) "deutsches Blut mit fremdem mischen soll". Jedenfalls hat die Staatsführung die Wehre zur Einleitung fremden Blutes sperrangelweit geöffnet:

A Für Asylbewerber: Sie kommen heute meist im Flugzeug, manchmal auch im Schiff, seltener über die grüne Grenze.

B Für ihre Verwandten und Angehörigen: Niemand erfährt hierüber auch nur das Geringste.

C Für ihre Kinder: Jedermann kann beobachten, daß in Asylantenheimen "laufend" Kinder geboren werden, aber niemand kennt Zahlen. Die Geburtenziffer für Deutschland unterscheidet n i c h t zwischen deutschen und fremden Kindern.

D Für Mischlingskinder: Man hört gelegentlich von verzweifelten deutschen Müttern, die ihre vom fremden Mann gezeugten Kinder suchen, aber Zahlen kennt niemand.

E Für Grenzgänger: Gelegentlich sieht man Fernsehbilder von der Oder-Neiße-Linie, hört aber keine Zahlen. Die größte Schlepperbande scheint das Arbeitsamt zu sein: Dort werden polnische, portugiesische und ukrainische Pflücker und Erntehelfer "vermittelt". Ob die wieder heimgehen, weiß niemand.

F Für Nicht-EU-Bürger: Kürzlich sagte der CSU-Landeschef Glos: *"Über 1 Million Arbeitsgenehmigungen wurden Nicht-EU-Bürgern erteilt."* Niemand weiß, was das für Leute sind, aber man sieht sie überall.

G Für EU-Bürger: Hierunter seien etwa die schwarzen "Holländer" aus Surinam, die paß-französischen Senegalesen und ähnliche verstanden.

H Für Heiratsdeutsche: Man findet sie nicht nur in Regierungs- und Oppositions-Kreisen. Zahlen gibt es nicht. Die Kinder sind dann eben "Deutsche".

I Für Adoptivkinder: Man hört, daß fremde Kinder nicht mehr zur Adoption vermittelt werden, so wie es MISERIOR und ähnliche Gruppen bisher betrieben.

J Für Gastarbeiter: Sehr viele haben heute Gemüseläden, Gastwirtschaften und Export-Import-Firmen. Niemand kennt ihre Zahl.

K Für ihre Angehörigen: Ganze Stadtviertel in Frankfurt, Berlin oder München sind von fremden Familien besiedelt. Wer da als Deutscher, wer als Ausländer gilt, das weiß keiner. Auch erfährt man nicht ihre Zahl.

L Für EU-Zuwanderer: Sie dürfen nach dem Maastrichterr Vertrag einreisen und sich hier niederlassen. Viele arbeiten hier schwarz. Zahlen sind unbekannt.

M Für illegale Zuwanderer: Es gibt viele Schlupflöcher, und sie alle dienen dem Plan des Bundeskanzleramtes: Die Zuwanderung zu fördern.

N Für Prominente: Die Zahl fremder Dirigenten, Literaten, Gelehrter, Künstler, Historiker oder Fußballer ist riesig, aber unbekannt.

O Für Studenten und Schüler: Für den Mann auf der Straße ist es nicht zu verstehen, wo die vielen Studenten aller Hautfarben herkommen und nach welchen Gesetzen (und auf wessen Kosten?) ihnen das Studium an deutschen Hochschulen ermöglicht wird.

P Für Journalisten und Medienleute: Nicht etwa in untergeordneten Positionen, sondern oft in der Führung sitzen Leute aus der ganzen Welt. Wer rief sie?

DIE ANPASSUNG DER GESETZE :

In einem anständigen Staat haben die Handlungen und Tätigkeiten aller den Gesetzen zu gehorchen. In der BRD aber werden die Gesetze laufend bisher gesetzwidrigen Handlungen angepaßt. Am schlimmsten steht es mit dem Staatsbürgerrecht. Hier ist die Rechtswillkür schon im Grundgesetz "verankert". Dies ist nicht der Raum, um Einzelheiten über das Staatsangehörigkeitsrecht auszubreiten. Es sei nur schlicht festgestellt, daß in Italien den Italienern, in Schweden den Schweden und darum auch in Deutschland den Deutschen das Recht der Staatsangehörigkeit zusteht. Der Artikel 116/1 sagte aber in wahrhaft hirnrissiger Weise, daß in Deutschland Deutscher ist, *"wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt"*. Da sitzt das Pferd fest im Sattel seines Reiters.

So kann jetzt die FDP allen Ernstes fordern, daß die Einwanderung und die Erteilung der Staatsangehörigkeit an Fremde an die wirtschaftliche Entwicklung der BRD gebunden werden soll. Damit wird unsere Heimat zum Wirtschafts-Standort, oder, wie Diepgen und Stolpe verkündeten, als sie Berlin und Brandenburg vereinen wollten: *"Ein Land für Alle!"*

Der "Münchener Merkur" berichtet am 23. Märrz 1997 von der Gesetzesvorlage im Bundestag, wonach jetzt allen in Deutschland geborenen Kindern die deutsche Staatsanhörigkeit zugestanden werden soll.

So wird die Umvolkung, also der Völkermord am Deutschen Volke, immer wieder erst n a c h dem Rechtsbruch durch rechtwidrige Gesetze legalisiert, Schritt für Schritt.

Die rechtswidrigen Handlungen der Staatsführung überstürzen sich. Die Präsidentin des "deutschen" Bundestages, Frau Süßmuth, hielt am Kyffhäusertag (das Fernsehen übertrug das Ereignis am 9 März 1997) eine Ansprache, in der sie versicherte, es werde in Deutschland keine Rückkehr zum Nationalismus, zum Nationalstaat, geben. Auch müsse Schluß gemacht werden mit der ewiggestrigen "Volkstümelei". Hier zeigt sich die klare Absicht der Staatsführung, das Deutsche Volk auszulöschen, die "Bevölkerung" des bislang deutschen Gebietes (eben Deutschlands!), so umzuvolken, daß nichts Deutsches mehr bleibt. Es bleibt dann nicht einmal mehr ein Volk, sondern eine Gesellschaft. Aber: Aus einer Gesellschaft kann man austreten, nicht jedoch aus einem Volk.

Solche Gesetzesvorlagen, und damit solche Pläne zur schrittweisen Überfremdung, kommen von allen Bonner Parteien. Sie mögen in allen möglichen Fragen Meinungsverschiedenheiten haben: In ihrer Haltung g e g e n das Deutsche Volk sind sie sich allesamt einig. Wenn also hier Helmut Kohl oft kritisiert wird, soll das nicht heißen, daß er ein Monopol auf Multi-Kulti hätte. Wohl aber ist er ein Haupttäter, wie sich gleich zeigen wird, und schließlich ist er ja auch verantwortlich nach Artikel 65 des Grundgesetzes.

DER GEHEIMVERTRAG - HOCHVERRAT ! :

<u>25.03.1997:</u> Ignatz Bubis sagte im ARD-Fernsehen: *"Ich werde mich auf eine Diskussion über die Kontigentierung der Einwanderung von Juden aus Osteuropa nicht einlassen."*

<u>31.03.1997</u>: Es taucht die Kopie einer Benachrichtigung in russischer Sprache auf, wie sie auf der deutschen Botschaft in Kiew ausgelegt ist. Der Wortlaut auf deutsch: *"BENACHRICHTIGUNG -- bestimmt zur Vorlage bei den zuständigen Behörden der Ukraine und Moldawiens. Die Deutsche Botschaft teilt mit, daß auf Grund der Entscheidung zuständiger Organe Deutschlands über die Aufnahme von Bürgern jüdischer Nationalität für ständigen Wohnsitz*
Herr ...... Frau ...... (Name, Vorname, Geburtstag, Adresse)
nach Prüfung der persönlichen Verhältnisse die Erlaubnis für einen ständigen Wohnsitz auf dem Gebiet Deutschlands erhielt. Nach Vorlage eines ausländischen Passes oder eines gleichwertigen Dokumentes ist die Botschaft zur Erteilung eines Visums bevollmächtigt. -- Die Zeit der Einreise für einen ständigen Wohnsitz ist unbegrenzt." Dienstsiegel, Unterschrift unleserlich.

<u>31.03.1997</u>: Ein Deutscher bittet das Bundesministerium des Inneren um Einzelheiten.

<u>04.04.1997</u>: Die Jüdische Allgemeine Wochenzeitung schreibt: *"Die Aufnahme osteuropäischer Juden war 1990 zwischen Bundeskanzler Kohl und dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Heinz Galinski vereinbart worden."* Außenminister Kinkel wies darauf hin, daß diese Vereinbarung .... fortgelte und weiterhin Grundlage der Politik sei. Kinkel: *"Jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion sind bei uns weiter willkommen."*

<u>07.04.1997</u>: Das Innenministerium antwortet auf den Brief vom 31.03.1997. Es bestätigt, daß es ein Programm für die Einwanderung von Ostjuden gibt. Es beschreibt das Verfahren und sagt, daß bis 31.12.1996 65.086 Juden eingewandert sind. Über die gesetzliche Grundlage dieser Vereinbarung sagt das Ministerium nichts. Darum ...

<u>09.04.1997</u>. Rückfrage beim Ministerium.

<u>23.04.1997</u>: Die Antwort des Ministeriums. Wir zeigen auf den beiden folgenden Seiten die Ablichtungen. Sie sind der unwiderlegbare Beweis für einen hochverräterischen, hinter dem Rücken unseres Vokes geschlossenen Geheimvertrag.



BUNDESMINISTERIUM DES INNERN

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

A 7 - 936 000 II

☎ (02 28)

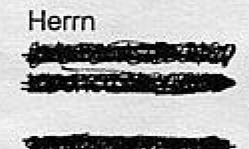
681 - 5118

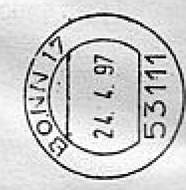
Datum

23. April 1997

Bundesministerium des Innern, Postfach 17 02 90, 53108 Bonn

Herrn





BUNDESMINISTERIUM
DES INNERN
Postfach 17 02 90 · 53108 Bonn

Sehr geehrter Herr

ich freue mich, daß die Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion bei Ihnen auf so lebhaftes Interesse stößt. Vor dem Hintergrund unserer leidvollen Geschichte ist die Zuwanderung von Juden für alle gesellschaftlich relevanten Kräfte in Deutschland ein hoffnungsvolles Zeichen. Auch für die Bundesregierung steht außer Zweifel: Die Stärkung unserer jüdischen Gemeinden ist ein Gewinn für das wiedervereinigte Deutschland und hebt das Ansehen unseres Landes in der Welt.

Dies vorausgeschickt, bemerke ich zu Ihren neuerlichen Fragen im Schreiben vom 09. April 1997 folgendes:

Der Inhalt der Gespräche, die der Bundeskanzler mit dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Heinz Galinski, geführt hat, ist nicht Bestandteil der Akten des Bundesinnenministeriums. Dessen ungeachtet könnte ich Ihnen Akteninhalt auch nicht zur Verfügung stellen; er ist Dritten nicht zugänglich. Dies gilt übrigens auch hinsichtlich des Beschlusses vom 09. Januar 1991, der die Aufnahme von Juden ermöglicht.

Hausanschrift: Graurheindorfer Straße 198 · 53117 Bonn · Lieferanschrift: Arminiusstraße 10 · 53117 Bonn
☎ Vermittlung (02 28) 681-0 · Telex: 886 896 · Telefax 681-4665

Rechtsgrundlage für die Einreise ist das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge, gemeinhin als Kontingentflüchtlingsgesetz bezeichnet, das ich Ihnen in Abdruck beifüge.

Wie schon erwähnt, vollzieht sich die Einreise in einem geordneten Verfahren, das seit dem 15. Februar 1991 gilt. Ich habe Ihnen dieses Verfahren auf Seite 2 Absatz 2 meines Schreibens vom 07. April ausführlich dargelegt; diese Ausführungen bedürfen keiner Ergänzung oder Erläuterung, wie ich meine.

Die Notwendigkeit der vorherigen Zustimmung zur Visumerteilung durch die für den vorgesehenen Aufenthaltsort zuständige Ausländerbehörde ergibt sich aus § 11 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes (DVAuslG) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2983), zuletzt geändert durch Verordnung vom 02. April 1997 (BGBl. I S. 751). Die Landesbehörde prüft im Rahmen ihrer Zuständigkeit, ob die Einreisevoraussetzung im Einzelfall vorliegt.

Ich hoffe, daß ich Ihnen weiterhelfen konnte.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Selhausen

Der wichtigste Satz im Brief des Innenministeriums ist dieser:

"Der Akteninhalt ist Dritten nicht zugänglich."

Auch wenn wir also den Wortlaut des Vertrages zwischen Kohl und Galinski nicht kennen, es genügt die Tatsache des Bestehens eines Geheimvertrages, um den Bundeskanzler des Hochverrates zu bezichtigen, und zwar wegen eines Geheimvertrages zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden eines Vereins, dessen Existenz übrigens gegen das Grundgesetz verstößt: Des Zentralrates der Juden i n Deutschland. Nach Artikel 9/1 des Grundgesetzes ist die Bildung eines Vereins nur Deutschen erlaubt. Da nun schon der Name dieses Zentralrates klar von Juden i n Deutschland spricht, sind in ihm, wie es ja auch tatsächlich der Fall ist, auch fremde Staatsbürger jüdischen Glaubens "vereint". - Ein Geheimvertrag, der über das Land der Deutschen verfügt als ob es das Rittergut Kohls wäre, der also Deutschland fremder Landnahme übereignet, ist grob sittenwidrig. Er ist hochverräterisch, auch wenn im Grundgesetz der Artikel 143 ("Hochverrat") aufgehoben und Hochverrat jetzt vom Strafgesetz mit Strafe bedroht ist, und das jetzt in einer Weise, die Kohls Tat nicht verbieten würde. Wenn ein Staatsmann das ihm anvertraute Staatsgebiet fremden Völkermassen zur Landnahme freigibt. dann genügen ungeschriebene Gesetze, ihn des Verrats zu bezichtigen.

Dieser Vertrag verstößt außerdem gegen die international geltenden Menschenrechte. Darauf kommen wir auf der nächsten Seite zurück.

Welche unser Volk demütigenden, benachteiligenden und schädigenden Vereinbarungen der Vertrag enthält, wissen wir also nicht. Daß er solche unsittlichen Klauseln enthält, muß vermutet werden, denn sonst brauchte man ihn ja nicht geheimzuhalten. Nur Unrecht scheut das Licht, und politisches Unrecht scheut die Öffentlichkeit.

Fest steht: Hier werden Fremde von der amtierenden deutschen Regierung durch öffentlich ausgelegte "Benachrichtigungen" aufgefordert, sich in Deutschland niederzulassen. Sie gelten amtlich als "Kontingentflüchtlinge", obwohl sie weder geflüchtet sind noch ihre Zahl "kontingentiert", also begrenzt ist. Es heißt ausdrücklich im Schreiben des Ministeriums vom 07.04.1997: *"Verfolgungs- oder Diskriminierungsgründe sind keine Aufnahmekriterien"*.

Wir schätzen ganz ,vorsichtig, daß hier e i n i g e M i l l i o n e n Juden nach Deutschland einwandern werden, wenn wir es nicht verhindern.

Sozialhilferechtlich sind diese Leute Deutschen gleichgestellt. Das, so sagt das Ministerium, ergibt sich "unmittelbar aus der Genfer Flüchtlings-Konvention". Hier wird also die Flüchtlingskonvention auf Nicht-Flüchtlinge angewendet.

"Auf die Erteilung einer Arbeitserlaubnis besteht ein Rechtsanspruch" heißt es da weiter. Sie werden beruflich gefördert, erhalten einen halbjährigen Sprachunterricht (da die meisten ja nicht deutsch können!) und sie erhalten Eingliederungshilfe.

Was sich hier anbahnt, ist die Landnahme eines nach Millionen zählenden Volkes in Deutschland. Und die Deutschen, deren Land sie "nehmen", die geht das nichts an!

Diese Landnahme wird mit scheinheiligen Sprüchen schein-gerechtfertigt: *"Es geht um die Erhaltung der Lebensfähigkeit der jüdischen Gemeinden in Deutschland."* --- *"Vor dem Hintergrund unserer* (wessen?) *leidvollen Geschichte ist die Zuwanderung von Juden ... ein hoffnungsvolles Zeichen. Die Stärkung unserer jüdischen Gemeinden ist ein Gewinn für das wiederveinigte Deutschland und hebt das Ansehen unseres Landes in der Welt."* So sagt das Ministerium. Nein, es ist Landraub, Hochverrat, Masseninvasion Fremder und Völkermord!

Hier beginnt eine Entwicklung, die, wenn wir sie nicht jetzt verhindern, aus Deutschland ein zweites Palästina machen wird.

Die Staatsführung weiß, daß sie gegen die Menschenrechte verstößt:

Der "deutsche" Bundestag veröffentlicht in seiner Drucksache 13/4445 vom 23.04.1996 einen "ANTRAG ZUR VERBESSERUNG DER MENSCHENRECHTSSITUATION IN TIBET". Jawohl, in Tibet! Darin fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß die Regierung der Volksrepublik China die anerkannten Menschenrechte achtet und die Menschenrechtsverletzungen gegen Tibet beendet. Er begründet das so:

"Im Hinblick darauf, daß die Tibeter sich in der gesamten Geschichte eine eigene ethnische, kulturelle und religiöse Identität bewahrt haben, verurteilt (der Bundestag) *die Politik der chinesischen Behörden, die im Ergebnis in bezug auf Tibet zur Zerstörung der Identität* (der Tibeter) *führt, insbesondere mittels Ansiedelung und Zuwanderung von Chinesen in großer Zahl, Zwangsabtreibungen, politischer, religiöser und kultureller Verfolgung und Unterstellung des Landes unter eine chinesisch kontrollierte Administration"*

Übertragen wir diesen Antrag des Bundestages in seinem sachlich unveränderten Inhalt, nur unter Vertauschung des Namens der Tibeter durch den der Deutschen, auf deutsche Verhältnisse, dann klingt er so:

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß in Deutschland die Menschenrechte geachtet und die Menschenrechtsverletzungen beendet werden. Er begründet das so:

"Im Hinblick darauf, daß die Deutschen sich in der gesamten Geschichte eine eigene ethnische, kulturelle und religiöse Identität bewahrt haben, verurteilt der Bundestag die Politik der deutschen Behörden, die im Ergebnis in bezug auf Deutschland zur Zerstörung der Identität der Deutschen führt, insbesondere mittels Ansiedelung und Zuwanderrung von Juden in großer Zahl, Freigabe der Abtreibung, politischer, religiöser und kultureller Verfolgung und Unterstellung des Landes unter eine von Fremden kontrollierte Administration."

Die Staatsführung weiß also ganz genau, daß die Masseneinwanderung Fremder die Menschenrechte der "einheimischen Bevölkerung", hier also der Deutschen, mißachtet und verletzt.

Wir haben in dieser Darstellung vermieden, den materiellen Schäden der Überfremdung die große Bedeutung zu geben, die sie natürlich auch haben. Hier sei nur angemerkt:

Das "Milliardenloch" des Bundeshaushaltes und der Haushalte der Länder hat nicht das Geringste mit der Weltkonjunktur, mit dem verringerten Wirtschaftswachstum oder ähnlichen Ausreden zu tun. Allein für die bisher zugewanderten Juden aus Osteuropa wurden schon jetzt mindestens 20 Milliarden DM ausgegeben. Wenn diese Masseninvasion erst in volle Fahrt gekommen ist, werden diese materiellen Lasten ins Astronomische steigen.

Daß die ganze geplante und in voller Fahrt ablaufende Überfremdung etwa drei Viertel des ganzen Bundeshaushaltes kostet, und zwar u n s kostet, das mögen Sie in der Kostenrechnung von Dipl. Volkswirt Karl Baßler lesen, die wir auf der nächsten Seite zeigen. Wir haben sie nur noch um die jetzt laufenden Kosten der Invasion aus dem Osten ergänzt.

DIE NETTOLASTEN DES DEUTSCHEN VOLKES FÜR GASTARBEITER, ASYLANTEN

UND INTERNATIONALE EINRICHTUNGEN SOWIE FÜR "SONSTIGE EINWANDERER"

<u>Erstens</u>: Zusammenfassung der von Dipl. Volkswirt Karl Baßler aus amtlichen Veröffentlichungen ermittelten Lasten, <u>Stand 31.12.1993</u>; diese Lasten sind inzwischen weiter gestiegen.

A - **GASTARBEITER**:

2.100.000 Personen, davon 1.700.000 berufstätig, 400.000 arbeitslos

1.)	**Direktkosten**	DM	39.000.000.000
	minus ihre Abgaben und Steuern	DM	26.000.000.000

	Direktkosten netto	DM	13.000.000.000
2.)	**Indirekte Kosten** Bundesanstalt für Arbeit Arbeitgeber-Beiträge Krankenversicherung und Gesundheit Polizei - Justiz - Rechtskosten Kriminninalität Schulen und Ausbildung EU-Anteil für 7,1 % Fremde		
	insgesamt	DM	93.000.000.000
3.)	**Allgemeine Staatsleistungen**	DM	26.000.000.000
4.)	**Kosten der 2.100.000 deutschen Arbeitslosen**	DM	90,000.000.000

A.)	**GESAMTLASTEN DURCH DIE GASTARBEITER, netto**	DM	222.000.000.000
B.)	**ASYLANTEN:** vorsichtig geschätzt von Baßler 4.000.000 Personen	DM	40.000.000.000
C.)	**LEISTUNGEN AN DIE EU, netto**	DM	31.000.000.000
D.)	**ENTWICKLUNGSHILFE**	DM	10,000,000,000
E.)	**KRIEGSFOLGELASTEN** Besatzung, Wiedergutmachung, UNO	DM	10,000,000,000

<u>Zweitens</u>: Von Baßler nicht erfaßte Lasten, weil für sie keine Zahlen veröffentlicht werden:

F.)	**Lasten für weitere 2.000.000 Asylanten**	DM	20,000,000,000
G.)	**ÜBERBRÜCKUNGSHILFE für mindestens 100.000 neu eingebürgerte Juden**	DM	15.000,000,000

	GESAMTE FREMDLASTEN: <u>Pro Jahr !!</u>	**DM**	**349.000.000.000**
			================

349 Milliarden Mark. Das sind gut 75 % des Bundeshaushaltes !

ZUSAMMENFASSUNG UND FORDERUNGEN :

Die Staatsführung betreibt seit Jahren in stetig steigendem Maße die Überfremdung des Deutschen Volkes mit dem Ziel, es "umzuvolken". Dabei setzt sie sich über Recht und Gesetz, über Anstand und Sitte und über alle bewährten Traditionen hinweg.

Die Überfremdungspolitik hat mit dem Geheimvertrag Kohl - Galinski ihren Höhepunkt erreicht. Dieser Vertrag ist rechtswidrig, sittenwidrig und unmenschlich: Er ist ungeheuerlich, denn er m u ß zum Krieg in Deutschland führen, und er w i r d aus Deutschland ein zweites Palästina machen.

Bisher hat es die Staastsführung verstanden, das Deutsche Volk so gründlich hinter's Licht zu führen, daß selbst Gebildete nur eine vage und viel zu milde Vorstellung von der nahenden Katastrophe haben. Die Zerstörung des deutschen Volkskörpers ist schon eingeleitet, aber noch ist die Rettung möglich, noch sind die Schäden zu beheben, noch ist das Deutsche Volk stark genug, den Kindern die Zukunft zu sichern,

w e n n w i r n u r w o l l e n !

Wir fordern mit vollem Recht und ohne Einschränkung:

1. Der Rechtsanspruch Fremder auf Asyl ist sofort auszuschließen. Deutsche Gerichte dürfen von Asylbewerbern nicht mehr angerufen werden.

2. Alle nicht anerkannten Asylbewerber sind sofort abzuschieben. Das gilt auch für jene, die ein Asylverfahren angestrengt haben.

3. Die Anerkennung von Asyl ist ab sofort in die alleinige Entscheidung des Deutschen Volkes zu legen. Der Volksnot der Deutschen zu wehren hat Vorrang vor dem Schutz der Fremden.

4. Asylbewerber aus Staaten, in denen Verfolgungen nicht bekannt sind, müssen sofort an den deutschen Grenzen, auf den deutschen Flughäfen und in den Seehäfen abgewiesen und auf Kosten derer zurückgeschickt werden, die sie hergebracht haben. Solche Länder sind zum Beispiel: Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Vietnam, Kambodscha, Laos, Volksrepublik China, Indien, Pakistan, Iran, Irak, Syrien, Libanon, Ägypten, Libyen, Tunesien, Algerien, Marokko, Westafrika von Nigeria bis Senegal, Kamerun, Gabun, Angola, Simbabwe, Kenia, Tansania, Botswana, Südafrika. Als Heimat der Tamilen ist die Indische Union zu betrachten. Asylanten aus diesen Staaten, die schon in Deutschland sind, werden sofort abgeschoben.

5. Der Asylwunsch von Angehörigen anderer Völker und Staaten wird an den deutschen Grenzen, auf den Flughäfen und in den Seehäfen von dort einzurichtenden Prüfstellen geprüft. Die Entscheidung dieser Prüfstellen ist endgültig: Sie führt entweder zum befristeten Asyl oder zur sofortigen Abweisung. Asyl darf nur befristet gewährt werden. Die Höchstfrist sind drei Jahre. Die Asylgründe des seit dem 28. Juni 1993 geltenden Artikels 16 a des Grundgesetzes dürfen nicht mehr anerkannt werden. Nur die tatsächliche und persönliche politische Verfolgung darf als Asylgrund anerkannt werden. Der Asylbewerber muß die Verfolgung in seinem besonders

deren und persönlichen Fall nachweisen. Allgemeine Verfolgungszustände werden nicht anerkannt. Das Asyl aller bis heute anerkannten Asylanten, die sich in Deutschland aufhalten, ist zum 31. Dezember des Jahres 2000 zu befristen. Dann sind sie sofort abzuschieben.

6. Der Vertrag zwischen Bundeskanzler Kohl und Herrn Galinski ist für nichtig zu erklären, weil er nach § 138 BGB sittenwidrig ist, und zudem hinter dem Rücken des Volkes geschlossen wurde. Ab sofort dürfen keine Juden mehr unter diesem Vertrag einwandern.

7. Sowohl der Vertrag zwischen Kohl und Galinski wie auch die Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und den 16 Ministerpräsidenten der Länder, in dem die Einzelheiten der Einwanderung von Juden aus Osteuropa vereinbart wurden, ist umgehend im vollen Wortlaut zu veröffentlichen.

8. Die im rechtswidrigen Vertrag zwischen Kohl und Galinski vereinbarten Aufenthaltsbedingungen sind neu zu regeln. Dabei muß die Dauer des Aufenthaltes und auch die finanzielle Leistung Deutschlands an die Zugewanderten unter Berücksichtigung der Notlage des Deutschen Volkes von Amts wegen begrenzt werden.

9. Bundeskanzler Kohl und die 16 Ministerpräsidenten, die die Einwanderungsverträge mit Herrn Galinski und untereinander geschlossen haben, müssen dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

10. Das Abkommen mit der Regierung Bosniens und der Herzegowina vom 20. November 1996 (genannt "Rückübernahmeabkommen") hat den Mangel, keine Frist für seine Durchführung zu nennen. Es ist deshalb nachzubessern. Die späteste Frist für seine vollständige Durchführung ist auf den 31. Dezember 1998 zu legen. Dem Deutschen Volke ist es nicht zuzumuten, diese Kriegsflüchtlinge auf unbestimmte Zeit im Lande zu haben.

11. Die alten Anwerbeverträge für Gastarbeiter sind jetzt anzuwenden. Das heißt, daß alle Gastarbeiter und ihre Angehörigen jetzt in ihre Heimatländer zu entlassen sind.

12. Sowohl den Asylanten wie auch den Gastarbeitern ist es zu verbieten, Vereine zu bilden, sich politisch zu betätigen und Demonstrationen zu veranstalten, da diese Rechte nach Artikel 8 und 9 des Grundgesetzes nur Deutschen zustehen. Fremde, die dieses Verbot mißachten oder die gegen die deutschen Strafgesetze verstoßen, sind sofort abzuschieben.

13. Dem Deutschen Volke dürfen die Menschenrechte und sein Selbstbestimmungsrecht nicht länger vorenthalten werden.

14. Allen Deutschen ist von jetzt an die uneingeschränkte Freiheit der Gesinnung, der Meinung und der Meinungsäußerung zu gewähren. Die Staatsführung hat diese Rechte zu schützen. Die Diskriminierung Deutscher, die sich zu ihrem Volk bekennen und das Recht auf ihre ungeteilte Heimat verlangen, ist zu verbieten. Der Staat hat die Pflicht, das Deutsche Volk zu schützen und nur ihm zu dienen.

WIR

wollen bleiben, was wir sind:

Deutsche!

Wir wollen behalten, was uns gehört:

Deutschland!

